



Schnell wird das nicht gehen

Schweizer Politiker sind skeptisch, ob es mit der Trump-Regierung bald zu einer Einigung im Zollstreit kommt. **Von Stefanie Pauli**

Bundesrätin Karin Keller-Sutter zeigte sich am Freitag in Genf ambitioniert und optimistisch, als sie ans Rednerpult trat. Das Treffen mit US-Finanzminister Scott Bessent sei «konstruktiv und freundschaftlich» verlaufen. Die Schweiz sei nach Grossbritannien allenfalls das zweite Land, mit dem die USA den Zollstreit beilegen. Keller-Sutter stellte schon in «ein bis zwei Wochen» eine Absichtserklärung in Aussicht, in der die beiden Staaten ihre Prioritäten konkretisieren.

Doch vielleicht geht doch nicht alles so glatt. Die Politik jedenfalls ist skeptischer als der Bundesrat und glaubt nicht an eine baldige Einigung. «Noch ist nichts unter Dach und Fach», sagt etwa der SVP-Nationalrat Franz Grüter. Noch laufen gar keine offiziellen Verhandlungen mit den USA. Aussenpolitiker wie Grüter und Elisabeth Schneider-Schneiter vertrauen der Trump-Regierung nicht. «Was heute als Fortschritt angesehen wird, kann morgen wieder vom Tisch sein», sagt die Mitte-Nationalrätin und Präsidentin der Handelskammer beider Basel.

Die Linke übt derzeit weiter Fundamental-kritik an der USA-Strategie des Bundesrats. Der Bundesrat verrate mit seinem Vorgehen Europa. Sie befürchtet Spannungen zwischen Bern und der EU, die zurzeit ein 95-Milliarden-Strafzollpaket gegen die USA vorbereitet.

Der Bundesrat will nicht nur die von Trump angekündigten Zölle von 31 Prozent abwenden, sondern auch die bereits geltenden Zölle von 10 Prozent wegverhandeln. Denn: Selbst mit Zöllen von 10 Prozent werde es schwierig für die Schwei-

zer Wirtschaft, sagte Keller-Sutter. 10 Prozent, das ist der allgemeine Zollsatz für alle Handelspartner der USA. Auch dieses Ziel ist ambitioniert, sagt der Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer Rahul Sahgal: «Trump sagte jüngst, zehn Prozent seien wahrscheinlich der tiefste Prozentsatz, auf den sich die USA einliessen.» Dass die 10-Prozent-Marke Trumps Schmerzgrenze ist, zeigt das Beispiel Grossbritannien. Die Briten hatten am Donnerstag einen Deal mit den USA geschlossen. «Amerika behält dort aber trotzdem die Basis-Zollschranke von 10 Prozent bei.» Auch die Zölle auf Medikamente seien noch nicht abgewendet, sagt Sahgal.

Entscheidend für einen Erfolg der Verhandlungen wird sein, was die Schweiz in die Waagschale werfen will. Auch da zeichnen sich Probleme ab. Es dürfte nicht genügen, wenn die Schweizer Wirtschaft, wie nun auch von Karin Keller-Sutter bestätigt, rund 150 Milliarden in den USA investieren will. Die Amerikaner dürften auch auf einem Abbau von Agrarzöllen beharren. Das zeigt wiederum das Beispiel Grossbritannien, das seine Zölle für amerikanische Agrarprodukte kräftig reduziert.

Schweizer Politiker von links bis rechts warnen aber vor zu vielen Zugeständnissen. Man wisse nie, ob sich die Trump-Administration an Abmachungen halte. «Wir dürfen uns hier keine Illusionen machen», sagt Elisabeth Schneider-Schneiter. Bundesrätin Karin Keller-Sutter forderte am Freitag denn auch Planungssicherheit und Rechtsstaatlichkeit von den Amerikanern.



Hat sich am Freitag in Genf mit US-Finanzminister Scott Bessent getroffen: Bundesrätin Karin Keller-Sutter.